



Medienkonferenz Schlussbericht Legislaturrichtlinien 2009-2012 vom Mittwoch, 29. August 2012

REFERAT VON BARBARA HAYOZ, DIREKTORIN FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK, VIZESTADTPRÄSIDENTIN

Es gilt das gesprochene Wort

Werte Medienschaffende
Sehr geehrte Damen und Herren

Bern ist eine wachsende Stadt.

Dieses Motto steht für einen Schwerpunkt der bald zu Ende gehenden Legislatur 2009 bis 2012. Wachstum ist kein Selbstzweck. Der Gemeinderat strebt nicht nach Grösse der Grösse wegen. Ziel ist, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner und all jene, die gerne nach Bern kommen würden, ein gutes, breitgefächertes Angebot an Wohnungen und einen interessanten Arbeitsmarkt vorfinden. Das Wachstum der Wohnbevölkerung und mehr Arbeitsplätze führen zu steigenden Steuereinnahmen oder können zumindest Steuerausfälle kompensieren, die aufgrund kantonaler Steuergesetzrevisionen oder schlechter Konjunktur entstehen. Die Verteilung der städtischen Ausgaben auf mehr Köpfe führt dazu, dass die Stadt weiterhin ihre Leistungen im Interesse ihrer Bewohnerinnen und Bewohner umfassend erbringen kann. Nur auf wachsende Steuereinnahmen zu setzen, wäre aber der falsche Weg. So hat der Gemeinderat in den Legislaturrichtlinien auch das Ziel vorgegeben, dass die Stadt über einen ausgeglichenen Haushalt verfügt, was eine vorsichtige und umsichtige Ausgabenpolitik bedingt. Denn nur gesunde Finanzen sichern nachhaltigen politischen Handlungsspielraum.

Wie sieht die Bilanz nach fast vier Jahren aus? Bern ist in dieser Legislatur stark gewachsen. Aktuell zählt die Stadt 133 868 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand Ende Juli 2012), über 4 400 mehr als zu Beginn der Legislatur. Die angestrebten 135 000 Einwohnerinnen und Einwohner können bis Ende Legislatur fast erreicht werden. Hauptsächlich hat der forcierte Wohnungsbau dazu beigetragen. Zwischen 2009 bis Mitte 2012 wurden in der Stadt über 1000 neue Wohnungen erstellt – mehr als 300 allein in Bern-Brünnen und über 100 in Schönberg-Ost. Die Stadt selber trägt mit ihrem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik als Baurechtsgeberin und als Bauherrin zu die-

ser erfreulichen Entwicklung bei. Bei Zustimmung zum Kredit in der Gemeindeabstimmung vom 23. September 2012 wird die Stadt für 70 Millionen Franken im Stöckacker-Süd einen Ersatzneubau einer ganzen Siedlung mit über 140 Wohnungen realisieren.

Viele Wohnungen konnten gebaut und bezogen werden, viele Projekte stehen in der Pipeline. Baukrane werden auch in den nächsten Jahren kein seltenes Bild sein. Unter anderem mit der Planung Holligen oder der Überbauungsordnung Warmbächliweg konnte in dieser Legislatur eine Grundlage für das weitere Wachstum der Stadt Bern gelegt werden. Auch bei den Arbeitsplätzen hat der Gemeinderat einiges erreicht. Hervorzuheben ist natürlich WankdorfCity im Nordosten der Stadt, wo ein modernes Dienstleistungsquartier mit tausenden Arbeitsplätzen entsteht. Und ganz nebenbei: Viele dürften sich freuen, dass mit der Sanierung der Christoffelunterführung neue, zeitgemässe Dienstleistungsangebote an bester Lage geschaffen werden konnten.

Trotz der regen Bautätigkeit wird Bern nicht zubetoniert. Bern hat in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen. Nicht nur Bernerinnen und Berner attestieren ihrer Stadt eine hohe Lebensqualität – gemäss der letzten Bevölkerungsbefragung von 2011 leben 97 Prozent der Befragten gerne in der Stadt Bern –, auch bei verschiedenen Städterankings erzielt die Stadt Spitzenwerte. So holte die Stadt kürzlich in einer Umfrage des Sonntagsblicks unter 1056 Personen aus der Deutschschweiz und der Romandie erneut die Goldmedaille als beliebteste Stadt der Schweiz. Alle lieben Bern! Die hohe Lebensqualität hat viel mit den lebenswerten Quartieren und grossen Grünflächen in der Stadt Bern zu tun. Auch in dieser Legislatur wurde viel in die Verbesserung des Wohnumfeldes investiert, sei es mit dem partizipativ angelegten Instrument der Wohnumfeldverbesserungen oder mit der Schaffung von weiteren Begegnungszonen.

Eine wachsende und prosperierende Stadt ist auf einen gesunden Haushalt angewiesen. Der Gemeinderat hat zuhanden des Stadtrats und der Stimmberechtigten in der vergangenen Legislatur immer ausgeglichene Budgets vorgelegt und die Jahresrechnungen schlossen positiv ab. Dies war nur aufgrund von Haushaltsverbesserungsmassnahmen und der Ausgabendisziplin der Verwaltung möglich. Das grösste finanzpolitische Ziel dieser Legislatur konnte mit dem Abbau des Bilanzfehlbetrages erfreulicherweise bereits 2010 erreicht werden – sieben Jahre vor Ablauf der Frist des Regierungsrates! Per Ende 2011 verfügte die Stadt über Eigenkapital in der Höhe von 56,7 Millionen Franken. Es ist kaum mehr vorstellbar, dass der altrechtliche Bilanzfehlbetrag im Jahr 1999 einmal 371 Millionen Franken betragen hatte. Dass die Stadt solide Fi-

nanzen aufweist und der Gemeinderat eine umsichtige Haushaltsführung betrieben hat, wird durch die drittbeste Moodysratingstufe Aa2 bestätigt.

Und dennoch: Die finanzielle Lage der Stadt Bern ist und bleibt angespannt und nur mit weiteren Haushaltssanierungsmassnahmen wird ein ausgeglichener Haushalt auch in Zukunft realistisch sein. In finanzieller Sicherheit kann sich die Stadt erst wiegen, wenn das vom Gemeinderat und vom Stadtrat angepeilte Eigenkapital in der Grössenordnung von 90 bis 120 Millionen Franken erreicht ist. Vorher gilt: „Wie gewonnen, so zerronnen“ – ein einziges schlechtes Jahr und das Eigenkapital ist dahin. Es ist daher zwingend, die in der zu Ende gehenden Legislatur erfolgreich eingeschlagene Finanzpolitik weiterzuführen.